



GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER



Jahresbericht **2019**

	3	EDITORIAL
4		
KAMPAGNEN & PROJEKTE		
Momente 2019		
	6	KAMPAGNEN & PROJEKTE
		Brasilien
8		
KAMPAGNEN & PROJEKTE		
China		
	10	KAMPAGNEN & PROJEKTE
		Gold
12		
KAMPAGNEN & PROJEKTE		
Sami Norwegen		
	14	KAMPAGNEN & PROJEKTE
		Standing Rock
16–19		
FINANZBERICHT		
Betriebsrechnung		
Leistungsbericht		
Bilanz		

Editorial

Mit rasender Geschwindigkeit verbreitete sich ab Dezember 2019 das Coronavirus auf der ganzen Welt: Die Pandemie stellt das Leben von Millionen Menschen auf den Kopf – auch in der Schweiz. **Doch wir führen unsere Arbeit und den Kampf für die Menschenrechte von Minderheiten und Indigenen auch unter erschwerten Bedingungen weiter.** Und das ist auch in Zeiten des Corona besonders wichtig: Sowohl fahrende Roma, Sinti und Jenische in Europa als auch indigene Gemeinschaften in Brasilien sind besonders verletztlich gegenüber dem neuen Virus.

Besonders gefährdet sind auch die **Uigurinnen und Uiguren in China**: Während die chinesische Regierung Schutzmasken und Pflegepersonal in die ganze Welt entsendet und sich damit als Krisenmanagerin profilieren möchte, hält sie bis zu drei Millionen Uigurinnen und Uiguren in Zwangslagern unter prekären Bedingungen gefangen. Dort würde sich ein Virusausbruch verheerend auswirken. Zusätzlich droht durch das Virus ihr Leiden in Vergessenheit zu geraten. Dabei wurde ihre Unterdrückung im November 2019 durch die Leaks von chinesischen Regierungsdokumenten (China Cables) unmissverständlich belegt. Uigurenvertreter Dolkun Isa forderte am Podium zum Thema Menschenrechte in China in Bern: «Es ist nicht der richtige Zeitpunkt, mit China Geschäfte zu machen.» Wie wir uns hierzulande für die uigurische und die tibetische Gemeinschaft und eine gerechtere Wirtschaftspolitik einsetzen, erfahren Sie auf Seite 8.

Indigene Leader in Brasilien forderten Massnahmen zum Schutz der Indigenen vor dem Coronavirus. Solche sind von Präsident Bolsonaro nicht zu erwarten: Er versteckte nie seine Verachtung für die Indigenen. Er will sie zur Assimilierung zwingen, den Amazonas ausbeuten und indigene Territorien aufheben. Die Mordrate an Indigenen ist unter Bolsonaro deutlich angestiegen und die Waldvernichtung schritt letzten Sommer so schnell voran wie seit Jahren nicht mehr. Die GfbV startete im November offiziell die neue Kampagne «Hände weg vom Amazonas!», um Indigene in Brasilien in ihrem Kampf für mehr Rechte zu unterstützen. Mehr dazu auf Seite 6.

Die GfbV, das sind auch Sie! Durch Ihre Mitgliedschaft und/oder Spende werden Sie Teil der Bewegung für Gerechtigkeit für Minderheiten und indigene Gemeinschaften. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz!



IMPRESSUM

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz

Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch

Spendenkonto: Berner Kantonalbank BEKB: IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1

Texte: Corinne Bächtold, Christoph Wiedmer, Irene Gurtner

Layout: Tania Brügger Marquez

Redaktion: Corinne Bächtold, Dominique Schärer

Foto Titelseite: GfbV



Christoph Wiedmer
Co-Geschäftsleiter



Lisa Mazzone
Präsidentin

Die GfbV hat 2019 indigene Delegationen begleitet, Podiumsgespräche organisiert, Protestaktionen gestartet und auch eine Kampagne abgeschlossen. Hier sind einige dieser Momente in Bildern:

 **100% Dankbar**



Vertretende von NGOs, der Goldbranche und Wissenschaft kommen am Podium «Die Schweiz und das Gold» am Jubiläum der GfbV an einen Tisch.

 **10'000 Likes auf Facebook**



Dolkun Isa, Präsident des World Uyghur Congress, besucht die Schweiz für ein Podiumsgespräch über Menschenrechte in China.

 **4 Podiumsdiskussionen**



In Oslo protestieren Küstengemeinschaften und NGOs, um auf die sozialen Dimensionen von Ocean Grabbing aufmerksam zu machen.

 **6 Länder in denen wir aktiv waren**




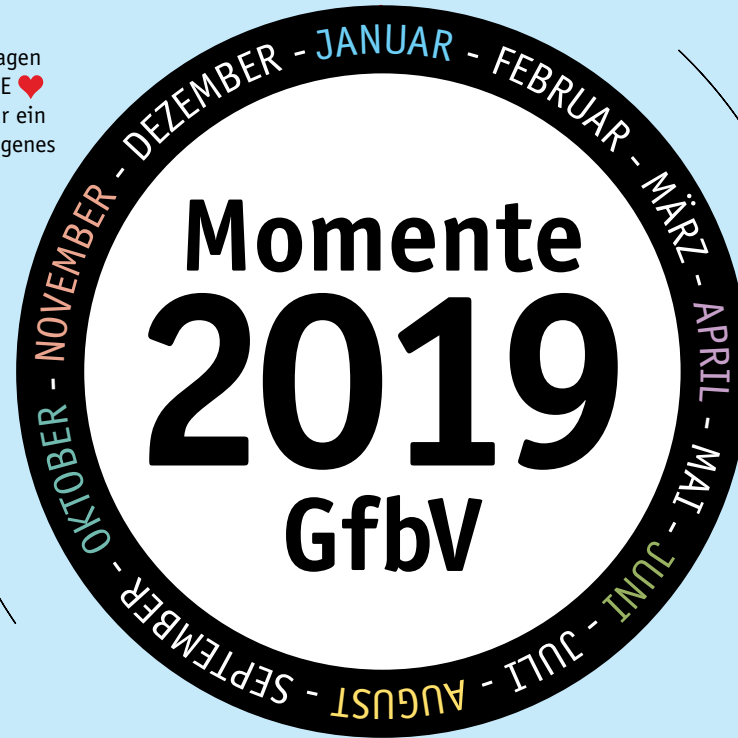
Eine Sami-Delegation wehrt sich gegen eine Kupfermine, an der auch die Credit Suisse beteiligt ist.

 **4 Filmvorführungen**



Die Sri Lanka Kampagne ist nach sechs Jahren offiziell abgeschlossen! Eine breite Bewegung kämpft vor Ort weiter.

Wir sagen DANKE 
Es war ein gelungenes Jahr.



 **8 aktive Kampagnen**

 **7 Erfolge**



Schweizer Roma nehmen Stellung zum Z-Wort, welches noch immer verbreitet im alltäglichen Sprachgebrauch ist.

3 indigene Delegationen 



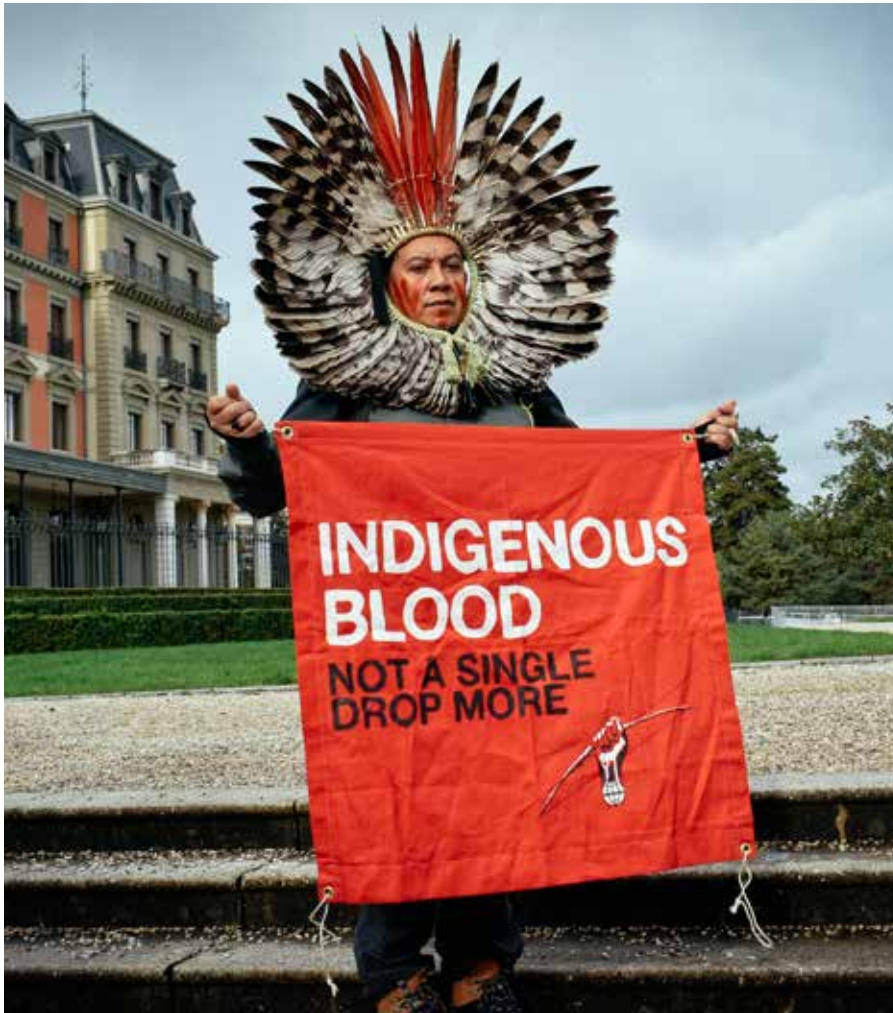
Die GfbV nimmt an der grössten Mobilisierung Indigener in Brasilien teil - am Acampamento Terra livre.

21 Medienmitteilungen 

Wir sind das ganze Jahr im Bewegung

Brasilien: «Hände weg vom Amazonas!»

«Hände weg vom Amazonas!» ist die jüngste Kampagne der GfbV. Gemeinsam mit indigenen Gemeinschaften in Brasilien setzt sich die GfbV für die Menschenrechte ein und unterstützt die Bewohnerinnen und Bewohner des Amazonas beim Schutz ihres Lebensraumes.



Kreta Kaingang, indigener Leader aus dem Süden Brasiliens, vor der UNO in Genf. FOTO: GfbV

TÄTIGKEITEN

«Indigenes Blut: Kein Tropfen mehr!» Das forderten die indigenen Delegationsmitglieder aus Brasilien im November bei ihrer Europareise. Die GfbV unterstützte die Delegation und organisierte Gespräche mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft, eine Demonstration und eine Pressekonferenz. Die Indigenen kritisierten das geplante Freihandelsabkommen der EFTA (mit der Schweiz) und den Mercosur-Staaten, darunter Brasilien. Die GfbV verlangt deshalb, dass Menschenrechte und Umweltschutz im Vertragstext eingebunden werden. Weiter unterstützt die GfbV die Jahresversammlungen der indigenen Gemeinschaften im Tapajós-Becken, die Demarkierung ihrer Territorien im Amazonas und ein Projekt zur Förderung der Kakaoproduktion. Die Demarkierung ist die Grundlage für die Anerkennung ihres Territoriums als indigenes Gebiet, womit sie auch den Amazonas schützen.

ERFOLGE

Bei den Gesprächen mit der Delegation kam es zu direkten Kontakten zwischen Betroffenen und Vertretenden der Handelsorganisationen und des Parlaments. Zahlreiche Medien nahmen die Anliegen der Indigenen in ihre Berichterstattung auf. Zudem konnte die GfbV bereits ein erstes Crowdfunding für die Gemeinschaft der Tupinambá erfolgreich abschliessen. Dank diesen Mitteln können nun die Tupinambá die Demarkierung ihres Territoriums weiterführen.

AUSBLICK

Die GfbV wird das Mercosur-Freihandelsabkommen weiterhin kritisch begleiten. Weitere Projekte zur Demarkierung sind geplant, und die Unterstützung eines Kakaoprojekts für die Gemeinschaft der Yanomami wird weitergeführt. Dieses soll jungen Indigenen Alternativen zum illegalen Goldabbau bieten. Weiter werden wir die politische Arbeit der Indigenen unterstützen, insbesondere bei der Durchsetzung des Mitspracherechts bei Wirtschaftsprojekten.

«Unser Anliegen ist das Leben.»

Nara Baré, Koordinatorin von Coiab, Dachorganisation der indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonas

- Januar 2019** - Jair Bolsonaro tritt das Amt als Präsident von Brasilien an. Die Situation der Indigenen verschlechtert sich seither drastisch, die Gewalt nimmt zu.
- April 2019** - Tausende Indigene aus ganz Brasilien versammeln sich in der Hauptstadt Brasília, um gegen die Einschränkung ihrer Rechte durch die neue Regierung zu protestieren. Auch die GfbV nimmt teil.
- Sommer 2019** - Grosse Teile des Amazonasgebietes brennen. Die Brände erreichten ein Ausmass, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Durch die Brandrodungen soll Land für Viehzucht und den Sojaanbau gewonnen werden.
- November 2019** - Eine Delegation der Indigenendachorganisation Articulação dos Povos Indígenas do Brasil (Apib) reist durch Europa, um auf ihre verheerende Situation aufmerksam zu machen.
- 7. November 2019** - Die GfbV startet offiziell die Kampagne für indigene Gemeinschaften im brasilianischen Amazonas.
- Nov. und Dez. 2019** - Bei einem Crowdfunding für die indigene Gemeinschaft der Tupinambá kommen rund 8000 Franken zustande.

China: Brutalere Unterdrückung von Minderheiten

Geleakte Dokumente der chinesischen Regierung bestätigen, was schon lange befürchtet wurde: Zwischen einer und drei Millionen Uigurinnen und Uiguren werden in sogenannten Umerziehungslagern in Ostturkestan (Xinjiang) festgehalten.

Dolkun Isa (dritter von links), Präsident des Uigurischen Weltkongresses, am Podium in Bern. FOTO: GfbV



TÄTIGKEITEN

Seit November 2019 liegen handfeste Beweise für den brutalen Umgang Chinas mit Uigurinnen und Uiguren vor: Die «China Cables» beweisen die Existenz der Umerziehungslager und die allgegenwärtige Überwachung in Ostturkestan (chin. Xinjiang). Der Bundesrat will trotzdem am Freihandelsabkommen mit China festhalten. Dies sehr zum Leid der Exilgemeinschaften, die den wachsenden Einfluss Chinas je länger je mehr zu spüren bekommen. Die GfbV hat bereits im Rahmen ihrer Kampagne zur Situation der tibetischen Gemeinschaft in der Schweiz darauf hingewiesen, dass auch hierzulande Überwachung stattfindet. Zusammen mit anderen Organisationen forderte sie die Neuverhandlung des Abkommens und organisierte mit tibetischen und uigurischen Partnern eine Mahnwache und ein Podium, um auf das Thema aufmerksam zu machen.

ERFOLGE

Anlässlich des Podiums zu Unterdrückung und Überwachung von Minderheiten in China konnte die GfbV Dolkun Isa, den Präsidenten des World Uyghur Congress, in Bern empfangen und zu einem Gespräch mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) begleiten. Mehrere Medien ergriffen die Chance, um mit Dolkun Isa Interviews zu führen. In der Schweiz lebt nur eine kleine uigurische Exilgemeinschaft, die aber aktiv an der Mahnwache teilnahm und sich mit der tibetischen Gemeinschaft vernetzte. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat zudem angekündigt, Stakeholder aus der Privatwirtschaft zu einem Gespräch über den Umgang mit der Menschenrechtssituation in China einzuladen.

AUSBLICK

Die GfbV recherchiert weiter zur Involvierung von Schweizer Firmen in Ostturkestan und will die betroffenen Unternehmen dazu bewegen, ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht einzuhalten. Auch wird die GfbV die China-Politik des Bundes weiter beobachten.

«Der lange Arm von Chinas Regierung ist überall.»

Dolkun Isa, Präsident des World Uyghur Congress

Seit 2014 ----- Juli 2014 ----- Seit 2017 ----- März 2018 ----- September 2018 ----- November 2019

Start der «Antiterrorkampagne» der chinesischen Regierung in Xinjiang.

Das Freihandelsabkommen zwischen China und der Schweiz tritt in Kraft.

Erste Berichte über Umerziehungslager, wo Uigurinnen und Uiguren gezwungen werden, sich zu «assimilieren».

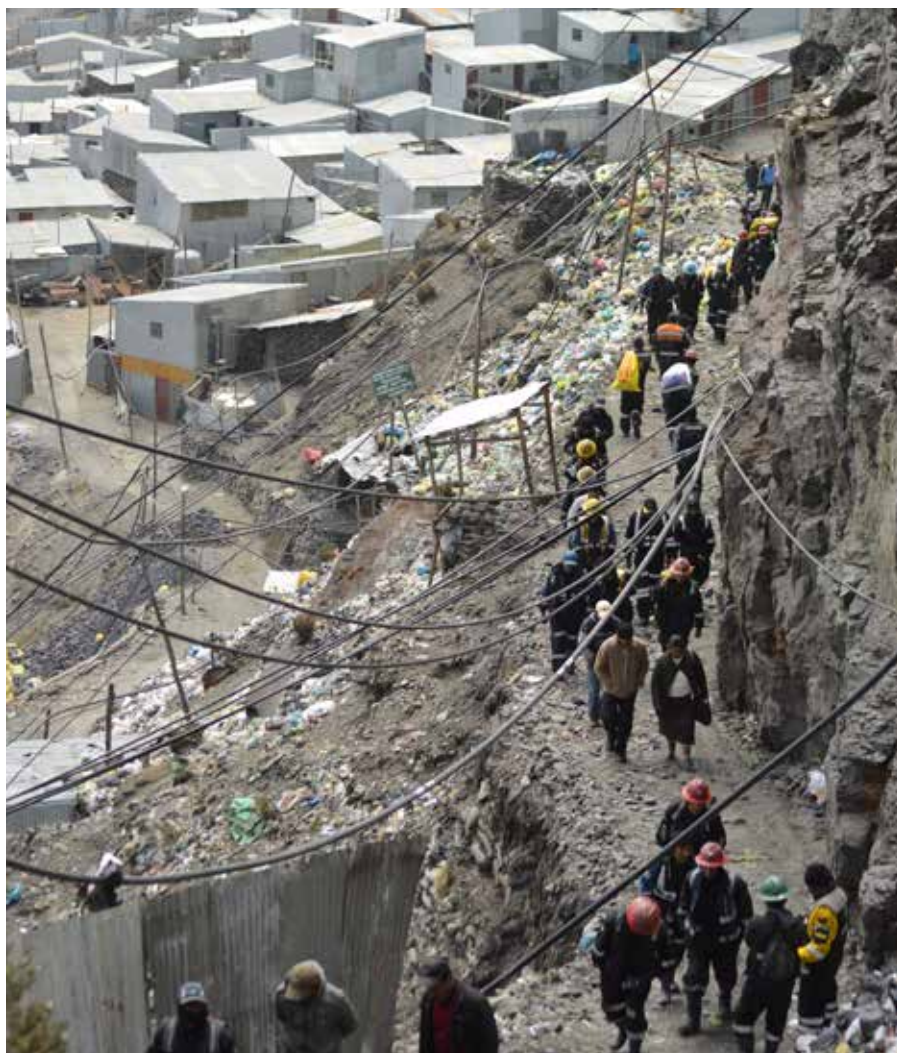
Bericht der GfbV zu Chinas wachsendem Einfluss in der Schweiz.

Die GfbV reicht mit anderen Organisationen eine Petition ein, die mehr Schutz für die tibetische Exilgemeinschaft in der Schweiz fordert.

Die New York Times veröffentlicht die «China Cables»: 403 Seiten geleakter Dokumente der chinesischen Regierung. Die Dokumente beweisen auf eine schockierende Weise, dass es sich bei den Umerziehungslagern nicht um «Bildungszentren» handelt und legen den Verdacht nahe, dass auch Exil-Gemeinschaften ausspioniert werden.

Peru/Schweiz: No Dirty Gold

Schmutziges Gold war auch dieses Jahr ein grosses Thema. Dass die Goldbranche handeln muss, ist sonnenklar, dennoch tun sich die Raffinerien schwer mit dem Ausschluss von schmutzigem Gold.



Minenarbeiter auf dem Weg zur Arbeit, La Rinconada, Peru. FOTO: Maria Eugenia Robles Mengoa

TÄTIGKEITEN

Transparenz im Goldgeschäft ist ein notwendiger Schritt für einen nachhaltigeren Goldabbau. Im Januar 2019 kam die Eidgenössische Zollverwaltung dem Antrag der GfbV nach und verfügte die Offenlegung der Herkunft des Goldes der vier grössten Raffinerien. Doch Transparenz scheint Gift für den Goldhandel zu sein. Die Raffinerien haben sofort beim Bundesverwaltungsgericht Rekurs eingelegt, der Entscheid steht noch aus. Anlässlich des 30. Jubiläums der GfbV fand ein Podium zum Thema Gold statt, das verschiedene Vertretende aus Goldhandel, NGOs und Wissenschaft an einen Tisch brachte.

ERFOLGE

Die peruanische Staatsanwaltschaft verschärft ihr Vorgehen wegen Verdacht auf Geldwäsche und illegalem Goldabbau gegen die Exportfirma Metales del Sur, die Metalor während Jahren mit über hundert Tonnen Gold im Wert von über 3,5 Milliarden US-Dollar belieferte. Die GfbV hatte Metalor mehrmals auf Missstände bei diesem Lieferanten aufmerksam gemacht, lange ohne Erfolg. Im Sommer gab Metalor dann den Rückzug aus dem Kleinbergbau bekannt. Aus Sicht der GfbV ist dies kurzfristig eine Lösung. Langfristig jedoch müssen die Abbaubedingungen im handwerklichen Bergbau massgeblich verbessert werden, da in Peru unzählige Menschen auf ihn angewiesen sind. Metalor hat während Jahrzehnten Gold aus extrem prekären Abbaubedingungen bezogen und steht deshalb in der Verantwortung, sich für eine nachhaltige Verbesserung des Kleinbergbaus einzusetzen.

AUSBLICK

Bisher mussten die Raffinerien die Herkunft ihrer Goldimporte nicht offenlegen, da der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts noch aussteht. Die GfbV verfolgt die Einsicht in die Zollstatistik weiter, denn Transparenz ist ein wichtiger Schritt zu faireren Bedingungen.

«Es ist wichtig, dass nicht nur der schädliche Rohstoffabbau bekämpft wird, sondern auch alternative Einkommensquellen gefördert werden.»

Alfredo Vargas Pio, Gemeindepräsident San Jacinto, Peru

2012 ----- ▶ Erster GfbV-Bericht, der auf die Missstände im Goldgeschäft hinweist.

2012 bis 2018 ----- ▶ Verschiedene GfbV Berichte und Aktionen zu schmutzigem Gold mit Schwerpunkt Peru.

April 2018 ----- ▶ Beschlagnahmung von fast 100 Kilogramm Gold der Exportfirma Metales del Sur in Peru kurz nach einem detaillierten Goldbericht der GfbV. Das Gold war für Metalor bestimmt.

Januar 2019 ----- ▶ Die eidgenössische Zollverwaltung kommt dem Antrag der GfbV nach und verfügt die Offenlegung der Herkunft des Goldes.

März 2019 ----- ▶ Die Rundschau macht bekannt, dass die peruanische Staatsanwaltschaft verschärft wegen Verdacht auf Geldwäsche und illegalem Gold gegen Metales del Sur, eine wichtige Lieferantin von Metalor, vorgeht.

Juni 2019 ----- ▶ Metalor gibt den Rückzug aus dem Kleinbergbau bekannt.

Dezember 2019 ----- ▶ Die Schweizer Behörden laden zu einer Konferenz über Gold ein, an der nationale und internationale Beteiligte am Goldgeschäft über Lösungen diskutieren. Nach sieben Jahren hat die Problematik die höchsten Stellen erreicht.

Norwegen: Schweizer Firmen verletzen Sami-Rechte

Die Sami sind die einzigen anerkannten Indigenen in Europa. Herzstück ihrer Kultur ist die Rentierzucht. In Norwegen bedrohen gleich zwei grosse Projekte das Fortbestehen der Sami-Kultur und ihre traditionelle Lebensweise. Auch Schweizer Firmen sind involviert.



Aili Kesitalo ist Präsidentin des Sami-Parlaments von Norwegen. FOTO: GfbV

TÄTIGKEITEN

Verlorenes Rentier-Land, Gift im Fjord: Zwei geplante Kupferminen der Bergwerksgesellschaft Nussir AG verletzen die Rechte der norwegischen Sami und bedrohen ihre traditionelle Lebensweise. So steht wichtiges Weide- und Kalbungsland für die Rentierzucht auf dem Spiel. Weil Chemikalien und Schwermetalle aus der Mine im Lachs-fjord «Repparfjord» entsorgt werden sollen, ist auch die lokale Fischerei gefährdet. Recherchen der GfbV ergaben, dass die Schweizer Grossbank Credit Suisse (CS) eine Mitverantwortung trägt: Als «Nominee Shareholder» verwaltet sie Aktien von Nussir.

ERFOLGE

Die GfbV begleitete eine Sami-Delegation in der Schweiz. Die Sami-Delegierten forderten bei einem direkten Gespräch von der Grossbank CS, ihre Dienstleistungen an Nussir zu sistieren, bis eine einvernehmliche Lösung gefunden wird. Der Besuch löste ein grosses Echo aus: Aufgrund der Medienberichterstattung «outet» sich der verantwortliche Kunde, für welchen die CS Aktien hält. Die Sami können nun direkt mit ihm verhandeln.

AUSBLICK

Die GfbV wird sich dafür einsetzen, dass Schweizer Finanzinstitute generell die Indigenenrechte respektieren, nicht nur bei der Projektfinanzierung, sondern auch bei Firmenfinanzierung und Aktiengeschäft. Im Gebiet «Storheia» auf der Fosen-Halbinsel wurde mit Investitionen der Berner Kraftwerke BKW ein Windenergieprojekt umgesetzt, trotz einer noch hängigen Beschwerde der Sami. Anfang 2020 hat die GfbV beim Schweizer Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen eine Beschwerde gegen die BKW eingereicht.

«Unseren Kindern und künftigen Generationen soll es möglich sein, die Rentierzucht weiterzuführen und unsere Kultur zu leben.»

Mikkel Sara, Rentierzüchter

Dezember 2018

Die GfbV unterstützt die Sami mit einer Kurzkampagne bei ihrem Widerstand gegen eine Windkraft-Anlage in Storheia, im Westen Norwegens.

Dezember 2018

Eine Delegation aus Norwegen ruft in Bern die involvierten Schweizer Firmen auf, ihre Investitionen in das Windenergieprojekt nochmals zu überdenken.

März 2019

Die Sami reichen Beschwerde gegen die geplanten Kupferminen in Nordnorwegen ein. Sie kritisieren ungenügende Konsultation der Sami-Gemeinschaften.

August 2019

Eine Sami-Delegation aus Nordnorwegen fordert in Zürich die Credit Suisse auf, sich auf weiteres von der Firma zu distanzieren, die bei der Kupfermine involviert ist. Betroffene Sami Gemeinschaften führen Gespräche mit dem Investor.

November 2019

Die norwegische Regierung weist die Beschwerde gegen den Betrieb der beiden Kupferminen in Nordnorwegen ab. Der öffentliche Druck auf die künftigen Minenbetreiber steigt.

USA: Indigene in Standing Rock kämpfen weiter

Der Konflikt um Standing Rock und die umstrittene North Dakota Access Pipeline durch Sioux-Gebiet ist alles andere als gelöst. Einen Teilerfolg konnte die GfbV aber in einem Schlichtungsverfahren mit der Credit Suisse (CS) erwirken.



Michelle Cook ist eine indigene Menschenrechtsanwältin. FOTO: GfbV

TÄTIGKEITEN

Monatelang protestierten Indigene und Umweltaktivisten und -aktivistinnen 2016 in den USA gegen den Bau der North Dakota Access Pipeline (DAPL) in Standing Rock. Der Bau der Pipeline verletzte die Rechte der ansässigen Sioux-Gemeinschaft. Auch die Schweizer Bank CS war indirekt in die Finanzierung involviert. Die GfbV reichte deswegen eine Beschwerde beim Schweizer Kontaktpunkt (NKP) ein. Der NKP hat das Ziel, die Beachtung der OECD-Leitsätze durch multinationale Firmen zu fördern. Es wurde ein Schlichtungsverfahren zwischen der Bank und der GfbV aufgenommen. 2019 wurde das Verfahren endlich abgeschlossen.

ERFOLGE

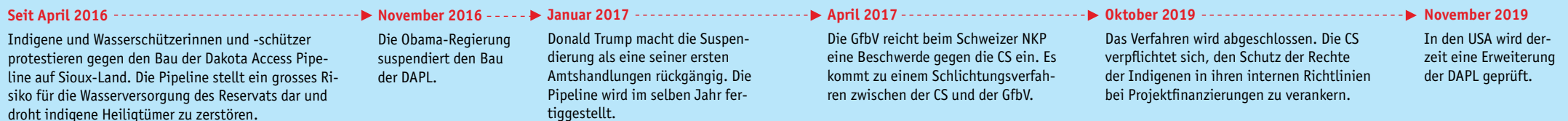
Im Schlichtungsverfahren zwischen der GfbV und der Credit Suisse verpflichtete letztere sich freiwillig, das Konzept des «Free, Prior and Informed Consent» (FPIC) in ihre internen, sektorspezifischen Richtlinien für Öl und Gas, Bergbau sowie Forst- und Agrarwirtschaft aufzunehmen, wenn indigene Gemeinschaften betroffen sind. Bei Projektfinanzierungen erwartet die CS künftig einen Nachweis von ihren Kunden, dass der FPIC respektiert wurde.

AUSBLICK

Die Zugeständnisse der CS waren ein kleiner Erfolg. Nun muss die CS bei Verletzung oder Nichteinhaltung der Richtlinien Sanktionen gegenüber den Kreditnehmenden ergreifen. Die GfbV wird die Umsetzung der neuen Richtlinien beobachten und erwartet eine Ausweitung auf andere Geschäftsfelder: Denn die Erweiterung der internen Richtlinien der CS beschränkt sich auf die Projektfinanzierung. US-Menschenrechtsanwältin Michelle Cook merkt an, dass die CS weitere Schritte unternehmen muss und hat hierzu mit anderen Indigenenvertreterinnen im Januar 2020 eine Beschwerde beim US-amerikanischen NKP eingereicht.

«Wir sind noch nicht fertig mit der Credit Suisse.»

Michelle Cook, Menschenrechtsanwältin in den USA



Finanzbericht

Die GfbV kann erneut auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Dank der soliden Eigenkapitalbasis ist die Liquidität sichergestellt. Ohne die grosszügige Unterstützung unserer Mitglieder, Spenderinnen und Spendern sowie Stiftungen und Institutionen wäre unsere Arbeit nicht möglich. Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle ganz herzlich für diese Unterstützung. Sie ist darauf bedacht, die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient und zielorientiert einzusetzen sowie sparsam zu wirtschaften.

Bilanz per 31. Dezember 2019

AKTIVEN	2019	2018
FLÜSSIGE MITTEL	775 865.78	826 053.94
FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	1 447.60	2 083.95
AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	44 671.05	17 371.10
TOTAL UMLAUFVERMÖGEN	821 984.43	845 508.99
MOBILE SACHANLAGEN	41 734.40	56 184.40
TOTAL ANLAGEVERMÖGEN	41 734.40	56 184.40
TOTAL AKTIVEN	863 718.83	901 693.39

PASSIVEN	2019	2018
KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL	80 794.75	91 741.20
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	127 875.01	142 650.40
TOTAL KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL	208 669.76	234 391.60
FONDSKAPITAL	6 173.80	7 300.60
TOTAL FONDSKAPITAL	6 173.80	7 300.60
ORGANISATIONSKAPITAL	660 001.19	651 769.93
JAHRESERGEBNIS	-11 125.92	8 231.26
TOTAL EIGENKAPITAL	648 875.27	660 001.19
TOTAL PASSIVEN	863 718.83	901 693.39

Betriebsrechnung vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019

ERTRAG	2019	2018
VERKAUFSERTRAG	561.15	1 134.10
MITGLIEDERBEITRÄGE UND SPENDEN	1 651 667.94	1 630 836.65
BEITRÄGE	18 000.00	311 257.29
ÜBRIGER ERTRAG	5 058.20	2 535.82
TOTAL ERTRAG	1 675 287.29	1 945 763.86

AUFWAND	2019	2018
KAMPAGNEN UND PROJEKTE	648 409.63	909 836.97
PERSONALAUFWAND	338 604.01	330 844.00
VERWALTUNGSaufWAND	108 482.46	99 183.10
MITTELbeschaffungsaufWAND	574 150.80	582 935.55
abschreibungen	14 450.00	14 450.00
TOTAL aufWAND	1 684 096.90	1 937 249.62
BETRIEBsergebnis	-8 809.61	8 514.24
FINANZERFOLG	-5 007.96	-5 497.60
AUSSERORDENTLICHER ERFOLG	1 564.85	0.00
ERGEBNIS vor VERÄNDERUNG DES FONDSKAPITALS	-12 252.72	3 016.64
FONDSERGEBNIS	1 126.80	5 214.62
JAHRESERGEBNIS	-11 125.92	8 231.26

Allgemeine Rechnungslegungsgrundsätze

Die Rechnungslegung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER 21 und Kern-FER und dem schweizerischen Obligationenrecht. Die Jahresrechnung vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Jahresrechnung 2019 wurde am 24. Februar 2020 vom Vorstand zu Handen der Mitgliederversammlung genehmigt.

Die vollständige Jahresrechnung mit dem Revisionsbericht kann bei der GfbV bestellt oder auf der Website www.gfbv.ch/de/ueber-uns/jahresbericht/ heruntergeladen werden.

Betriebsrechnung

Folgende Organisationen haben uns mit namhaften Beiträgen unterstützt:

BEITRÄGE ORGANISATIONEN	2019	2018
GREEN CROSS PROJEKT WADI		273 293.00
REFORMIERTE KIRCHGEMEINDE SISSACH ROMA		5 000.00
SCHWEIZ. EVANGELISCHER KIRCHENBUND TAMILIEN		3 750.00
GESELLSCHAFT SCHWEIZERISCH-TIBETISCHE FREUNDSCHAFT GSTF KAMPAGNE TIBET		5 000.00
VEREIN TIBETER JUGEND IN EUROPA KAMPAGNE TIBET		2 000.00
TIBETER GEMEINSCHAFT IN CH UND FL KAMPAGNE TIBET		5 000.00
TEMPERATIO-STIFTUNG LANDRAUB SRI LANKA		6 000.00
GREENPEACE PROBENAHMEN		3 300.00
HEKS BACKSTOPPING KOSOVO		4 525.45
STIMMVOLK.CH	4 272.85	3 388.90
TEMPERATIO-STIFTUNG GOLD	2 000.00	
TEMPERATIO-STIFTUNG AMAZONAS	8 000.00	
GREENPEACE DELEGATION AMAZONASINDIGENE	8 000.00	

BEITRÄGE DER ÖFFENTLICHEN HAND	2019	2018
KEINE BEITRÄGE		

Leistungsbericht

Die Haupttätigkeit der GfbV besteht aus Informations-, Kampagnen- und Projektarbeit. Für die Durchführung ihrer Arbeit ist die GfbV auf eine genügend grosse Anzahl von Mitgliedern und Spendenden angewiesen. Im Jahre 2019 hat die GfbV insgesamt CHF 574'150.80 in die Mittelbeschaffung investiert. Die Mitglieder- und SpenderInnenwerbung – eine wichtige Massnahme zur Mittelbeschaffung – dient gleichzeitig der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gemäss Vereinszweck. Neue Mitglieder und SpenderInnen werden vor allem mit Standaktionen auf der Strasse angeworben. Ende 2019 hatte die GfbV rund 16'000 aktive UnterstützerInnen (VJ 17'300). Für verschiedene Kampagnen durften wir Spenden und Beiträge von Kirchengemeinden, Stiftungen und Organisationen entgegennehmen.

Der Vorstand traf sich 2019 fünf Mal und leistete insgesamt rund 180 unentgeltliche Stunden für die GfbV.

Vorstand und Geschäftsstelle

Vorstand: Lisa Mazzone Präsidentin (gewählt bis 2020), Göpf Berwerger Vizepräsident (gewählt bis 2021), Sonja Beeli (gewählt bis 2019), Theodora Peter (gewählt bis 2020), Marianne Helfer (gewählt bis 2021), Eva Schmassmann (gewählt bis 2021), Nora Refaeil (gewählt bis 2020)

Sonja Beeli ist als Vorstandsmitglied zurückgetreten. Sie hat von 2007 – 2019 engagiert in unserem Vorstand mitgearbeitet. Wir haben ihr Mitwirken sehr geschätzt und danken ihr für ihr langjähriges Engagement.

Geschäftsstelle

Im Verlaufe des Jahres 2019 arbeiteten bei der GfbV insgesamt 22 festangestellte Personen, davon 6 PraktikantInnen und 1 Lernender.

GfbV International

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz ist die Schweizer Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker International. Der Vereinszweck der GfbV Schweiz ist in Übereinstimmung mit der Zielsetzung der GfbV International. Für das Jahr 2019 wurde kein Mitgliederbeitrag bezahlt. Weitere Sektionen der GfbV International bestehen in Deutschland, Südtirol/Italien, Bosnien Herzegowina und im Nordirak. In verschiedenen weiteren Ländern hat die GfbV Repräsentantinnen.

Die Kampagnen und Projekte wurden im Jahresbericht ausführlich beschrieben.

Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle bei allen Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern, bei den Stiftungen und der öffentlichen Hand für die grosszügige Unterstützung. Ohne sie alle wäre unsere Arbeit nicht möglich – herzlichen Dank! Dem Vorstand, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Praktikantinnen und Praktikanten möchte die GfbV zudem ein herzliches Dankeschön für ihren unermüdeten Einsatz für die Menschenrechte aussprechen!

Verbünden Sie sich mit Minderheiten und Indigenen

durch eine:
MITGLIEDSCHAFT



eine
SPENDE



oder ein
LEGAT



Werden Sie aktiv – Unterstützen Sie uns!

Unser Engagement ist nur dank Ihrer Unterstützung möglich! Mit Ihrer Mitgliedschaft, einer Spende oder einem Legat unterstützen Sie Minderheiten und indigene Völker beim Kampf für ihre Menschenrechte.

Mehr Informationen unter:



Danke!